

Kürbisküchlein

Zutaten (für 4 Personen) 50 g weisse Butter, 60 g Zucker, 1 TL Speisepulver, 3 Eigelb, 1 Zitrone, geriebene Schale, 150 g Kürbis, geröstet und geräffelt, 60 g Haselnüsse gemahlen, 80 g Mehl, 1/2 TL Backpulver, 1 EL Maisstärke, 1 Eiweiss, steif geschlagen, 6 Porzellanförmchen von je 1,5 dl Inhalt.

Zubereitung Förmchen ausbuttern und mit Zucker bestreuen. Butter schaumig rühren, Zucker und Salz dazugeben. Eigelb und Zitronenschale dazugeben und schaumig rühren. Kürbis und Nüsse darunter rühren. Mehl, Backpulver und Maisstärke mischen. Lagenweise mit dem Eiweiss auf die Masse geben und sorgfältig darunter mischen. Teig in die Förmchen füllen und mit Backfolie zudecken. Förmchen in eine weite Pfanne stellen und siedend heisses Wasser in die Pfanne geben, bis die Förmchen zu 2/3 im Wasser stehen. Die Küchlein knapp unter dem Siedepunkt 35 Minuten garen. Danach Küchlein nach dem Abkühlen mit einem Messer vom Rand lösen und mit Puderzucker garnieren.

www.schlaraffiatg.ch

Thurgau
SBZ Arenenberg



Lesebriefe zum 29. November

Zu den Abstimmungsvorlagen vom 29. November hat die Redaktion ausserordentlich viele Zuschriften erhalten. Trotz zusätzlicher Forum-Seiten war es uns nicht möglich, alle Texte abzudrucken. Heute werden zum letzten Mal Meinungen zu den Vorlagen publiziert. Die Redaktion hat darauf geachtet, dass die veröffentlichten Leserbriefe die ganze Vielfalt der Argumente für oder gegen eine Vorlage abdecken. (red)

Steuerbelastung jetzt spürbar senken

Im Vorfeld der Abstimmung zur Änderung des Steuergesetzes fielen sogar von linker Seite Forderungen, man soll nach der Ablehnung den Staatssteuerfuss um 12 Prozent senken. Kurz nach Ablehnung der Flatrate-Tax bot die Regierung eine Senkung des Staatssteuerfusses um 7 Prozent an. Während andere Parteien sich mit einer tiefen Steuersenkung begnügten, forderte die FDP konsequent, jetzt den Staatssteuerfuss um 15 Prozent zu senken.

Die finanzielle Situation des Kantons ist hervorragend. Der Thurgau wird voraussichtlich Ende 2009 über ein Eigenkapital von rund 300 Millionen Franken verfügen. Noch vor wenigen Jahren wurde eine Wunschgrösse

von rund 150 Millionen als absolutes Traumziel anvisiert. Inzwischen verfügt der Kanton über wesentlich mehr Mittel, die aus erhobenen Steuern auf Vorrat geäufnet wurden. Mittel, die den Steuerzahlerinnen und den Steuerzahlern gehören.

Die aktuelle wirtschaftliche Situation verlangt nach Auffassung der FDP, dass der Staat nicht länger höhere Steuern als notwendig erhebt. Da es der Regierung bis zum Abschluss der Budgetberatung durch die vorberatende Kommission nicht gelungen ist, einen konkreten Entwurf für eine strukturelle Steuergesetz-Änderung vorzulegen, wird die FDP eine Reduktion des Staatssteuerfusses um 15 Prozent beantragen. Falls der Regierungsrat bis

zur abschliessenden Budgetberatung im Grossen Rat einen Entwurf für eine Steuergesetzänderung vorlegt, wird eine Reduktion des Steuerfusses einer strukturellen Gesetzesänderung Gesamtziel der FDP erreicht. Die FDP diesen Vorschlag selbstverständlich eingehend prüfen. Von der Regierung, die Steuerbelastung für Steuerzahlerinnen und Steuerzahler spürbar im Gesamtaufwand um rund 15 Prozent zu reduzieren, wird die FDP kaum mehr abweichen, damit auch jene Kreise in die Regierung, die vor der Abstimmung den Steuerfussenkungen gefordert haben.

Peter Markstaller, Kantonsrat Kreuzlingen

Fachkundiger Artikel

«Nicht nur die Pflege ist aufwendig», TZ vom 25. November

Als Präsidentin des Initiativkomitees «Ja zu mehr Lebensqualität – Ja zur Palliative Care» bin ich sehr erfreut über diesen fachkundigen, ausgezeichneten Artikel. Die geplante Palliation entspricht meinem Herzenswunsch, für dessen Verwirklichung ich seit beinahe zehn Jahre Einsatz leiste.

Ich erlaube mir die Bemerkung, dass den Initianten sehr viel an der Umsetzung einer umfassenden Palliative Care im Sinne der Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in der Praxis liegt. Das bedeutet: Nebst der medizinischen und pflegerischen schmerzlindernden Behandlung und Betreuung soll dem unheilbar schwerstkranken Menschen auch im geistig-seelsorgerlichen-spirituellen Bereiche mittels menschlicher Anteilnahme und Begleitung Hilfe und Beistand geleistet werden.

Ich bin sehr dankbar, dass die Initianten durch den Ethiker Andreas Näf in der Arbeitsgruppe, die den Ausbau der Palliative Care im Thurgau vorbereitet, vertreten sind und so ihre Anliegen insbesondere mit Bezug auf den Bereich Ethik/Seelsorge einbringen dürfen.

Marlies Näf-Hofmann, Kantonsrätin SVP, Arbon

Steuern: Keine Heiratsstrafe mehr

«Heiratsstrafe soll verschwinden», TZ vom 21. November

Die «Heiratsstrafe» soll verschwinden, schreibt die «Thurgauer Zeitung» zu den Beratungen des Grossen Rates und übernimmt so die Rhetorik der Familienpolitiker. Gemäss der Tabelle im Artikel zahlt ein Ehepaar schon jetzt bei einem steuerbaren Einkommen von 40 000 Franken mit 659 Franken nur 37 Prozent der Steuern, die ein Alleinstehender zahlt.

Damit sind die Verheirateten auch heute schon sehr viel besser gestellt als die Alleinstehenden. Richtig ist, dass die Verheirateten mit dem neuen Tarif 2011 noch besser gestellt werden sollen. Wegen der unterschiedlichen Sozialabzüge fahren die Verheirateten bei der Besteuerung sogar noch wesentlich besser, als es die Tabelle im Artikel anzeigt. Es ist deshalb barer Unsinn, heute noch von einer Heiratsstrafe zu sprechen.

Bruno Zoller, Raperswilen

Zu wenig Hundeführer

In letzter Zeit kann man auf der Forumseite öfter lesen, dass es mit Hunden beziehungsweise Hundehal-

tern zu Problemen kommt. Nachdem wieder in den Zeitungen stand, dass ein Rottweiler einen Hund verletzt hat. Nebenbei steht das dies in Südafrika oder, wie Kurzem, in Österreich passiert.

Ich weiss, auch im Kanton Thurgau hatten wir zwei Fälle von Hundeweilern, bei total 4000 Hund pro Jahr in der Schweiz (2008: 4450). Das neue Hundegesetz soll dann von den Schreibern gelistet werden. Dann werden verdammten sich diese Leute mehr mit der Realität befassen, und nicht mit grossen Buchstaben in den Zeitungen lesen, so hätten sie am 31. Juli erfahren können, dass die Hundebisse im Thurgau (Juni 2009) nicht zurückgegangen sind, sondern stabil geblieben sind. Die Statistik zeigt sich in der Statistik des Bundes für 2008 ab. Bissverletzungen bei Kindern sind übrigens international hoch.

Nun soll mir mal jemand sagen, dass bei 17 000 Hunden im Kanton Thurgau ausgerechnet die 400 Listenhunde eine Problematik bereiten. Regierung: Schläpfer hat uns vor Einführen neuer Hundegesetzes mehr versprochen. Der einzige Erfolg, den er erreicht hat, ist, dass im Kanton Thurgau weniger Listenhunde vorhanden sind und die Anzahl nannten potenziell gefährlichen Hunde von 440 auf 400 gesunken ist. Mehr Sicherheit sind wir nicht. Darum kommt es zwischen Hundehalterorganisationen und dem V-